

# Gäschfischer Gemeindetag

**Stürmische Austritte am 1. Verhandlungstage / Erfolgreicher kommunistischer Vorstoß gegen den Mandatausbau durch reaktionäre Bürgermeister / Oberbürgermeister Blüher hebt die Sitzung auf**

Nach Eintritt in die Tagesordnung und Erledigung geschäftsordnungsmäßiger Angelegenheiten erhielt als erster das Wort der Geschäftsführer des Sächsischen Gemeindetages, Dr. Naumann, zu seinem Vortrag über

## die sächsische Verwaltungreform.

Der Redner fuhr einleitend auf der Denkschrift des Präsidenten Schieß und erklärte, daß der Einheitsstaat wahrscheinlich noch lange auf sich warten lasse. Die sächsische Verwaltungreform könne deshalb nur eine Teillösung sein. Der Tenor seiner Ausführungen war: Zurück zu Stein, Mitbe teiligung der Bürger an der öffentlichen Verwaltung. Im Interesse der den Staatsapparat beherrschenden Trustbourgeois forderte er einen strafferen Verwaltungsaufbau, um so besser die Interessen der Bourgeoisie gegen die Arbeiter durchzusetzen. Bei der Durchführung dieser Verwaltungreform müsse man sich auf eine reformfreudige Beamtenschaft stützen können. Dabei dürfe man sich nicht aus Sparmaßnahmen rücksichtlich nur auf den Standpunkt stellen, nur billige Beamte zu haben, denn der billige Beamte sei der unschlagbare.

Damit brachte dieser typische Vertreter des Verwaltungsbürokratischen zum Ausdruck, was eines der wichtigsten Kernstücke der Verwaltungreform sein soll: Die Sicherung gut bezahlter Autokrappen für die herrschende Verwaltungsklasse auf Kosten der unteren Beamten. Selbstverständlich vertrat er auch mit aller Entschiedenheit die Einschränkung aller gemeindlichen Ausgaben und verlangte, daß seinerlei Erweiterung der Gemeindeaufgaben über die Verwaltungsarbeit hinaus gegeben werden dürfe. Eine endgültige Verwaltungreform sei allerdings erst möglich in einem großen deutschen Einheitsstaat. Der Mitreferent, der sozialdemokratische

## Bürgermeister Uhlig (Nadeburg)

stimmte in allen wesentlichen Teilen den Ausführungen Naumanns zu. Er sang ein Loblied auf die demokratischen Kreise, unter denen man heute erst von "wirklicher Selbstverwaltung" unserer Gemeinden sprechen könne. Deutschland sei erwartet. Die Verwaltungreform müsse selbstverständlich unter dem Gesichtspunkt der Reichseinheit gefordert werden. Dann erklärte Uhlig, daß man vom Verwaltungstaat zum Wohlfahrtsstaat kommen müsse. Die Polizei müsse ein Mittel zur positiven Wohlfahrtspflege werden. Dann machte er der Industrie den Vorwurf mangelndes Verständnisses für die Aufgaben der Gemeinden. Der höhere Sinn der Selbstverwaltung sei die Pflege der Volkswohlfahrt. Uhlig unterschied den zu stimmen den Standpunkt der sozialdemokratischen Partei zur Verwaltungreform. Nachdem die Wirtschaft die Nationalisierung ihrer Betriebe durchgeführt habe, könne der Verwaltungsapparat nicht daran vorbelassen. Uhlig schloß mit den üblichen Phrasen von der notwendigen Volksgemeinschaft im Einheitsstaat.

In der Diskussion sprach zunächst der Bürgermeister Krug (Annaberg). Ihm folgte der Stadtverordnete

## Genosse Schneller (Leipzig).

Er wies in seinen Ausführungen darauf hin, daß der Gemeindetag jeder klaren Entschließung aus dem Wege gehe. Die Referate zeigten nichts anderes als allgemeine Redensarten. Eine eigene Entschließung zur Verwaltungreform werde nicht vorgelegt. Die Gesamtbefindung der Verwaltungreform sei die verschärfte Einengung der Gemeinden in ihrer Selbstverwaltung. Nachdem das Trustkapital durch die Nationalisierung der Wirtschaft die Ausbeutung des Proletariats ins Unerhörte verschärft habe, fordere man jetzt die Angleichung des Staatsapparates an ihre Interessen durch die Nationalisierung des Machtapparates. Das soll durch die Verfassungs- und Verwaltungsreform erzielt werden. Der zentralistisch aufgebauten Einheitsstaat hat keine andere Aufgabe als die Mittel für soziale und kulturelle Zwecke herabzudrücken. Das hat eine weitere Stellungnahme der Rot und verschärfte Ausbeutung der werktätigen Massen zur Folge und soll geschehen unter dem Vorwand der Vereinfachung und Verbilligung der Verwaltung. In der Tat handelt es sich bei dieser Verwaltungreform um nichts anderes als um den

Abbau der letzten Reste der sogenannten Erneuerungs- schichten der Revolution.

Bezeichnend sei, daß die Forderung auf Verwaltungreform zuerst von den Industriellenverbänden erhoben worden sei. Die parlamentarischen Vertretungen der bürgerlichen Interessengruppen folgen nur den Befehlen ihrer schwerindustriellen Auftraggeber, die eine Verstärkung der Macht der Bürokratie zur Befestigung der noch vorhandenen kümmerlichen Reste der Selbstverwaltung fordern. Unter beständigen Zwischenrufen der sozialdemokratischen und bürgerlichen Mehrheit geht Gen. Schneller auf die besonderen Verhältnisse in Sachsen ein und verlangt entgegen der geplanten arbeiterfeindlichen Nationalisierung des Staatsapparates die sofortige

Aenderung der sächsischen Gemeindeordnung mit dem Ziel der wirklichen Selbstverwaltung der Gemeinden. Dann erhebt er die Forderung nach Befestigung der Staatsaufsicht und des Bestätigungsrechtes, Befestigung des Kreis- und Amtshauptmannschaften, Übertragung staatlicher Verwaltungsaufgaben auf die kommunalen Selbstverwaltungsgremien, Befestigung des Zweikammer-Systems in den Gemeinden und Aushebung der Vorrechte der Bürgermeister, der Stadt- und Gemeindräte und deren Umwandlung in aussührende Organe.

Zum Schluß erläßt er, daß es notwendig sei, die Selbstverwaltung der Gemeinden zu verwirklichen durch Übertragung aller leitenden Funktionen an die Gemeindevertreter unter Mitwirkung der Vertreter der Arbeiterorganisationen. Bei dieser Gelegenheit drückte Gen. Schneller zum Ausdruck, daß die schwache Regierung und der Landtag nicht die Gewalt hätten, daß diese Forderungen durchgeführt werden und verlangte deshalb, daß der Sächsische Gemeindetag die Aufführung des Landtags und die Befestigung der Sozialregierung fordere. Am Schluß seiner Ausführungen wies Gen. Schneller darauf hin, daß selbstverständlich all diese Maßnahmen nur im außerparlamentarischen Kampfe gegen das Bürgertum durchgesetzt werden könnten.

Der demokratische Professor Herz brachte die reaktionärste Note in die Diskussion. Er forderte bestimmte Zwangsmaßnahmen seitens der Regierung zur Verwirklichung der Verwaltungreform.

Blüher, Werda (SPD), unterstrich unter dem Beifall der bürgerlichen Stadträte und Bürgermeister die Ausführungen seines Fraktionskollegen Uhlig und reichte eine Entschließung ein, die sich in ihren Grundzügen mit den Ausführungen der beiden Referenten deckt. Härtig (SPD) erklärte sich im wesentlichen mit der von der kommunistischen Fraktion eingebrochenen Entschließung zur Verwaltungreform einverstanden. Er wandte sich nur gegen den legitimen Punkt, der die Diktatur des Proletariats fordert. Er ist Anhänger der Demokratie und mußte eine solche Forderung ablehnen.

## Genosse Wildenbrück (Blauen)

charakterisierte die Tagung, deren Inhalt ebenlogut bei dem mit festes verbundenen Ergebnis abgesehen hätte erledigt werden können. Die einzige Gruppe, die auf dieser Tagung ein revolutionäres politisches Programm verteidigt, sind die Kommunisten. Die Arbeiter werden auf dieser Tagung die Lehre ziehen, daß es notwendig ist, auf dem Wege des außerparlamentarischen Kampfes um die politische und ökonomische Macht die Herrschaft des Proletariats sicherzustellen.

Im weiteren Verlauf der Diskussion erhob der bekannte Bürgermeister Kunisch, Dresden (bürgerlich), die Forderung nach Erhaltung einer fachmännisch gebildeten Beamten-

find, ihre eigenen Positionen zu erhalten und damit den Zusammenfluß zu größeren Gemeinden verhindern. Gen. Hoffmann belegt keine Ausführungen mit einer Reihe von Beispielen und zeigt die Haltung der Sozialdemokratie auf, die sich vollkommen mit dem kapitalistischen Staat ausgesöhnt hat und ihn in seiner heutigen Form zu erhalten bestrebt ist.

## Der Mandatausbau wird abgewehrt

Nach den Schlussworten der Referenten tritt die Mittagspause ein. Nach Wiedereröffnung der Sitzung erläßt

## Genosse Stadtverordneter Bäbel (Dresden)

den Bericht des eingesetzten Ausschusses, der sich mit dem Mandatausbau durch die reaktionären Bürgermeister beschäftigt. In den Räumen Niederpleis und Zwönitz wo die Bürgermeister unberechtigterweise das Mandat an sich genommen haben, schlug der Ausschuß ein Kompromiß vor. Die Abstimmung über den Ausschlußantrag wurde angezweifelt. Oberbürgermeister Blüher ordnete den Hammelsprung an. Mit 309 Stimmen der Kommunisten und Sozialdemokraten gegen 298 der Bürgerlichen wurde das Mandat des Bürgermeisters Köhler für ungültig erklärt. Im Falle Oelsnitz im Erzgebirge hatte der fehlere Sozialdemokrat, der Bürgermeister Schumann, der vor kurzem wegen seiner Haltung zur Todesstrafe aus der SPD ausgeschlossen wurde und jetzt konsequenterweise beim Bürgertum gelandet ist, das Mandat annulliert und die Aushändigung an den rechtmäßigen Delegierten verweigert. Der Ausschuß schlug vor, das Mandat des Bürgermeisters Schumann für ungültig zu erklären. Der Oberbürgermeister Blüher, der sich voll und ganz mit den reaktionären Mandatsräubern solidarisierte, erließ dem zu Unrecht im Saale anwesenden Oelsnitzer Bürgermeister den Befehl zu seiner Rechtfertigung. Das löste einen ungeheuren Proteststurm auf der linken Seite des Hauses aus. Die kommunistische Fraktion verhinderte durch beständiges Jurieren und lebhafte Proteste den Redner am Weiter sprechen. Unter stürmischen Beifall mußte er abtreten. Als der Stadtverordnete Gen. Langbein, Oelsnitz im Erzgebirge, das Wort nehmen wollte, trieben die bürgerlichen Delegierten Obstruktion. Hier zeigte Blüher seine parteiliche Geschäftsführung deutlicher. Während er vor den Kommunisten mit strengsten geschäftsordnungsmäßigen Maßnahmen gedroht hatte, ließ er die bürgerliche Meute ungehindert fratseln. Diese offensichtlich provokatorische Haltung Blühers löste den heftigsten Protest der kommunistischen Fraktion aus. Blüher sah sich schließlich gezwungen, die Sitzung aufzuheben.

Bezeichnend war, daß der sozialdemokratische Bürgermeister Uhlig, Radeberg, im Auftrage des Vorstandes die kommunistische Fraktion zu veranlassen versuchte, die Vergewaltigung der Geschäftsführung durch Blüher hinzunehmen und auf ihren Protest gegen den Mandatausbau zu verzichten. Er bestätigte sich damit als Manager der bürgerlich-sozialdemokratischen Einheitsfront.

Nach Wiedereröffnung gab Gen. Schneller namens der kommunistischen Gruppe des Gemeindetages eine *Scharfe Erklärung* ab, die sich gegen die parteiliche Geschäftsführung des Oberbürgermeisters Blüher wandte und in der noch einmal die Solidarität Blühers mit den reaktionären Mandatsräubern festgestellt wurde. Bei dem dritten Fall des Mandatausbau gelang es den Bürgerlichen, die inzwischen ihre Deute restlos zusammengeholzt hatten, mit knapper Mehrheit 316 zu 309 Stimmen das Mandat für sich sicherzustellen. Damit war die erste Sitzung beendet.

## Partei ergreifen

Nicht Partei ergreifen, das heißt: keine Überzeugung haben, oder sie verlängern. Nicht Partei ergreifen, das heißt: in einer schmachvollen Gleichgültigkeit gegen die höchsten Interessen, welche das Herz der Menschheit durchzudenken, die eigene Ruhe und Schaglichkeit vorziehen. Die Geschichte hat Überzeugung für alle Freiämmer, für alle Überzeugungsfähigkeit.

Aus: Lassalle, Missunde.

10 Jahre kommunistische Partei mahnen den Arbeiter zu seine Pflicht:

## Hilf mir in die SPÖ!

Haft und verlangte, daß die Mittel der produktiven Erwerbslosenfürsorge an die Privatunternehmer vergeben werden sollen.

## Stadtverordneter Genosse Höfmann (Chemnitz)

nahm noch einmal unter ständigen, lärmenden Zwischenrufen der bürgerlichen und sozialdemokratischen Delegierten zu den Referaten Stellung und wies darauf hin, daß eine wirkliche Verwaltungsreform in der Durchführung an den reaktionären Verwaltungskörper scheitern müsse. Eine der wichtigsten Hindernisse in der Schaffung größerer Selbstverwaltungsförderer sei die noch bestehende Monarchie der Bürgermeister, die sich noch immer als Könige in ihrem Reiche fühlen und längstlich darum besorgt

## Das abgetarnte Spiel aufgedeckt

Die Unternehmer verlangten Severing — Severing vereinbarte mit ihnen seine Entscheidung

Der unerhörte Vorschlag, dem alten Streikabwürger Severing dictatorische Vollmacht zur Festlegung der Lohn- und Arbeitszeitbedingungen in der Hüttenindustrie zu geben, ging von den Unternehmern aus.

Schon in ihrer Morgenausgabe vom 30. November schrieb das Organ der Großkapitalisten, die Kölnische Zeitung:

"Der neue Vermittler müßte seiner Struktur nach eine ähnliche Persönlichkeit sein wie Bergemann. Sie müßte gewissermaßen dessen Kenntnis des westdeutschen Wirtschaftsgebietes, eine Autorität im Arbeitnehmerlager, die Vertrautheit mit gewerkschaftlichen Dingen und die Fertigkeit, die er auch bei den Unternehmern genießt, in ministeriellem Format, auf einer höheren politischen Ebene verkörpern. Wenn

diese Persönlichkeit also ein Mitglied des Reichskabinetts sein sollte, könnte wohl nur der Minister des Innern, Severing, in Frage kommen... Wir begrüßen es, daß man sich doch entschlossen hat, den Eisentontakt auch weiterhin von einer Persönlichkeit behandeln zu lassen und ihn nicht vor ein Kollegium, irgendwelchen Ausschuß oder eine Schiedsstelle zu bringen."

Das Unternehmerorgan gibt also seiner tiefen Zufriedenheit mit dem Unternehmertum Ausdruck.

Noch mehr. Ein anderes kapitalistisches Organ, die Berliner Börsenzeitung, wünschte schon in ihrer Morgenausgabe vom 30. November mitzuteilen, daß Severing die Entscheidung, die er zu treffen sich ansieht, bereits mit den Hüttenindustriellen vereinbart hat. Das Blatt schrieb:

"Herr Severing soll übrigens schon einen Vermittlungsvorschlag ausgearbeitet haben, dessen Lohnsätze sich etwas über den alten Lohnbedingungen halten, aber die durch den bekannten Schiedsspruch dictierten Sätze nicht erreichen sollen. Außerdem will Severing für einen Tarifabschluß auf längere Sicht eintreten, das heißt von einer mindestens einjährigen Dauer."

Wir wir weiter hören, waren gestern bereits die führenden Industriellen der rheinisch-westfälischen Eisenindustrie in Berlin und haben mit Mitgliedern des Reichskabinetts über die neue Vermittlungsaktion verhandelt. Der Severingsche Vorschlag scheint für die Industrie eine annehmbare Grundlage zu neuen Einigungswahlungen zu bilden. Es besteht eine gewisse Wahrscheinlichkeit, daß die Einigung auf der oben geschilderten Basis heute erreicht wird, so daß dann am Montag die Arbeit wieder aufgenommen werden würde."

Die Berliner Börsenzeitung bestätigt damit nur, was jeden denkenden Arbeiter ohnehin schon klar war. Es ist eine dummbreite Lüge, wenn der Vorwärts schreibt, daß Gewerkschaftsvertreter und Unternehmer sozusagen eine Kaffe im Sack faulen mögten. Severings Aufgabe besteht darin, die Bedingungen der Unternehmer auszuverhandeln, und zwar auch mit vollem Wissen der reformistischen Gewerkschaftsführer.

Die sozialdemokratischen Führer wollen allerdings die Arbeiter betrügen. Aber es ist eine freche Beleidigung der Arbeiter, wenn man sie für so dumm hält, daß sie dieses abgetarnte Spiel nicht durchschauen.

Unternehmer-Koalitionsregierung und reformistische Gewerkschaftsführer würden jetzt den Kampf mit allen Mitteln ab und treiben die Hüttenarbeiter zu schändlichen Bedingungen wieder in die Betriebe.

Dagegen muß sich die Arbeiterschaft unter Unspannung aller Kräfte wenden!

## Wie die Sozialdemokraten die Arbeiter unterstützen

